Forum-Gewerberecht | Spielrecht | 2012-08-02 NRW öffentliche Anhörung zur Änderung des 1. Glücksspieländerungsstaatsvertrag

Autor	Beitrag
gmg 02.08.2012 17:47	<p>4. Sitzung am 6. September 2012, ab 11.00 Uhr öffentliche Anhörung zum GE zur Änderung des 1. Glücksspieländerungsstaatsvertrag, Drs. 16/17</p> <p>Der Hauptausschuss und der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales werden in einer gemeinsamen Veranstaltung Sachverständige zu dem o.g. Gesetzentwurf, davon insb. zu Artikel 2 Gesetz zur Ausführung des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrages in öffentlicher Sitzung anhören. Von den Fraktionen wurden folgende Sachverständige benannt: vgl. Anlage. Die Sachverständigen sind gebeten, einen Fragenkatalog der Fraktionen im Vorfeld der Anhörung schriftlich zu beantworten. Eingehende Stellungnahmen werden zeitnah zur Veranstaltung auch an dieser Stelle einsehbar sein.</p> <p>Fundstelle</p> <p>Sachverständigenliste (lauter gute Bekannte :wink:) und der ausgearbeitete Fragenkatalog anbei.</p> <p>Grüße</p>
gmg 24.08.2012 11:17	<p>Bis gestern sollten doch die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen eingereicht werden.</p> <p>Wann werden die denn wohl veröffentlicht? [Eingehende Stellungnahmen werden zeitnah zur Veranstaltung auch an dieser Stelle einsehbar sein.]</p> <p>Grüße</p>
gmg 26.08.2012 20:12	<p>Geht doch nix über einen guten Kontakt.</p> <p>17 Stück Stellungnahmen sind veröffentlicht worden und können hier nachgelesen werden.</p> <p>Allerdings fehlt mir da die eine oder andere angeforderte Stellungnahme noch....</p> <p>WO IST MEIKES STELLUNGNAHME???</p> <p>Grüße</p>

Autor	Beitrag
lodermulch 27.08.2012 13:35	<p>lass ihr doch zeit, etwas vernünftiges zu schreiben - und sich nicht so gnadenlos zu blamieren wie z.b. "mybet", die AUF DER SELBEN SEITE ihrer stellungnahme als "vorteil eines legalen spielangebots im internet" einerseits den einbau einer sperre (Cool-down-phase) erwähnen - die ja mit 3 klicks dadurch zu umgehen ist, dass man sich abmeldet und in einem der 240 anderen casinos des gleichen anbieters weitermacht - und 20 zeilen weiter unten das einrichten von netzsperrern seitens des gesetzgebers als "technisch unmöglich" ablehnen.</p> <p>der vorstand hätte sich mühe & kosten für die erstellung sparen können, da sich der gesamte text subsumieren lässt als</p> <p>"vorschlag: ihr macht keinerlei gesetze und lasst uns völlig freie hand, dann wird niemand arbeitslos und wir erlauben euch, den lottoscheiss weiter zu betreiben ohne euch knüppel zwischen die beine zu werfen. zumindest vorläufig."</p> <p>...ich könnte mir vorstellen, dass derartig don corleone-hafte "stellungennahmen" selbst den materiefremden entscheidern höchstens ein müdes grinsen abringen werden. hoffen wir auf einen intelligenteren text von meike :)</p> <p>...so , und nun lese ich den gauselmann sketch :)</p>
gmg 27.08.2012 14:36	<p>Jetzt sind es schon 18 Stück Stellungnahmen.</p> <p>Neu dazu: Stellungnahme vom Direktorium für Vollblutzucht und Rennen e.V.</p> <p>[Wieder nix von Meike!]</p> <p>Grüße</p>
gmg 28.08.2012 16:50	<p>Jetzt sind es schon 19 Stück Stellungnahmen.</p> <p>Neu dazu: Stellungnahme von der Forschungsstelle Glücksspiel der Uni Hohenheim</p> <p>[Wieder nix von Meike!]</p> <p>Grüße</p>
gmg 31.08.2012 16:46	<p>Jetzt sind es schon 22 Stück Stellungnahmen.</p> <p>Wieder nix von Meike!</p> <p>Grüße</p>
Meike 01.09.2012 08:04	<p>Lieber gmg,</p> <p>wir beide kennen uns doch schon lange genug.</p> <p>Du weißt doch was es bedeutet, wenn es mir nicht möglich ist, Termine pünktlich einzuhalten.</p> <p>Wir werden sehen, was passiert!</p> <p>Bis jetzt, da hast Du vollkommen recht, sind noch nicht von allen Eingeladenen die Stellungnahmen veröffentlicht worden.</p> <p>VG Meike</p>

Autor	Beitrag
gmg 01.09.2012 11:22	<p>Ja, leider....</p> <p>Das bedeutet also, dass Du</p> <ol style="list-style-type: none">1) keine schriftliche Stellungnahme den Abgeordneten unseres Landtages zu den gestellten Fragen zur Verfügung stellen darfst2) auch nicht vor dem Landtag angehört wirst. <p>Ich unterstelle, Du hast die Präsidentin unseres Landtages, die Abgeordnete Frau Carina Gödecke, entsprechend informiert.</p> <p>Bemerkenswert finde ich es natürlich, dass Du auf "allen möglichen Veranstaltungen", (z. B. Finanzausschuss Rheinland-Pfalz oder in diesem Jahr noch vor den Abgeordneten des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages) von den jeweiligen Abgeordneten gestellte Fragen beantworten darfst, nur im eigenen Bundesland darfst Du es nicht.</p> <p>Obwohl ich wahrlich nicht immer mit Dir in den Sachthemen übereinstimme, finde ich es trotzdem einen</p> <p>Skandal!</p> <p>Was sagt die Presse dazu ?</p> <p>Grüße</p>
gmg 03.09.2012 11:36	<p>Nunmehr ist die sehr lesenswerte Stellungnahme des Arbeitskreises gegen Spielsucht veröffentlicht worden. PDF anbei.</p> <p>Grüße</p>

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 145 325 208"> gmg 03.09.2012 13:49 </p>	<p data-bbox="352 145 1417 208"> Mal wieder - wie erwartet - eine hervorragende Stellungnahme des Arbeitskreises gegen Spielsucht e. V. </p> <p data-bbox="352 248 695 275"> Jede Seite ist lesenswert ! </p> <p data-bbox="352 315 1046 342"> Trotzdem seien mir einige Hervorhebungen gestattet: </p> <p data-bbox="352 383 991 450"> Zitat on S. 9/10 zur Spielerkarte Der Arbeitskreis gegen Spielsucht e.V. empfiehlt, </p> <ul data-bbox="352 490 1465 685" style="list-style-type: none"> - den „menschlichen Faktor als Fehlerquelle“ bei der Umsetzung der Spielersperre so minimal wie möglich zu halten. Mangelhaftes Bewusstsein, Fahrlässigkeit oder gar ökonomische Interessen könnten die Umsetzung der Spielersperre beschädigen. - die Entwicklung einer personengebundenen, manipulationssicheren Spielerkarte, die mit den Bestimmungen des Datenschutzes kompatibel ist. <p data-bbox="352 757 991 784"> Die personengebundene Spielerkarte ermöglicht: </p> <ul data-bbox="352 824 1501 1597" style="list-style-type: none"> • Die flächendeckende Vernetzung der GSG mit der zentralen Sperrdatei ist die Voraussetzung der Umsetzung der Spielersperre in Spielhallen, aber auch in gastronomischen Betrieben. Der Einschub der personengebundenen Spielerkarte, nach vorheriger Prüfung der Identität des Spielgastes, muss die Voraussetzung sein, ein GSG spielbereit zu machen. Vorbehalte, die Spielerkarte könne zum Beispiel für Zwecke des Spielertrekkings missbraucht werden, müssen technisch verunmöglicht werden. • Spielerschützende Maßnahmen wie z.B. ein gedeckelter monatlicher maximaler Spieleinsatz oder eine Selbstbeschränkung des Spielers hinsichtlich seines Spieleinsatzes bzw. seiner Spielzeit, könnten über die Spielerkarte realisiert werden. • Die gleichzeitige Bespielung mehrerer GSG, die hauptverantwortlich für ruinöse Spielverluste zeichnet, könnte mit der personenbezogenen Spielerkarte unterbunden werden. • Über die Einführung der personengebundenen Spielerkarte und deren Kontrolle würde der Jugendschutz deutlich gestärkt, da an Minderjährige keine Spielkarten ausgegeben werden dürfen. • Ein möglicher positiver Nebeneffekt der Vernetzung von GSG wäre neben dem Spielerschutz auch die Möglichkeit, die GSG auf einen Zentralrechner einer Bundesfinanzbehörde zu schalten. Daraus ergäbe sich: <ul data-bbox="352 1637 1501 2101" style="list-style-type: none"> - Ein gerätegenauer Überblick über den Markt der GSG in Deutschland. Insbesondere im Bereich der GSG-Aufstellung in gastronomischen Betrieben ist in zahlreichen Kommunen der Überblick über die Anzahl der aufgestellten Geräte verloren gegangen. Geeignetheitsbescheinigungen der Ordnungsämter geben keinen Aufschluss über die tatsächlich aufgestellten Gastronomie-Geräte, da auf Basis der Bescheinigung ein bis drei GSG zur Aufstellung gebracht werden können. Die Stadtsteuerämter etlicher Großstädte geben sich mit Pauschalangaben von Automatenunternehmern hinsichtlich der Kasseneinhalte zufrieden und wissen nicht mehr, wie viele GSG diese Einnahmen generiert haben. Die Buchführung, den Auslesestreifen, aller aufgestellten GSG regelmäßig zu kontrollieren, wird als personell nicht umsetzbar beschrieben. Tatsächlich reicht die Kontrolle des Auslesestreifens auch nicht aus. Vielmehr müsste auch kontrolliert werden, ob sich das GSG, von dem der Auslesestreifen gezogen wurde, auch wie angegeben in der Aufstellung befindet oder im Party-Keller eines, in diesem Falle betrügerischen, Aufstellers.

Autor	Beitrag
	<p>- Über eine derartige Vernetzung würde die Steuerehrlichkeit bei gleichzeitiger Schonung personeller Ressourcen bei den Stadtsteuerämtern hergestellt.</p> <p>- Nur auf den Zentralrechner geschaltete GSG sind spielfähig. Das bedeutet in der Konsequenz, die Eliminierung des grauen Marktes der Übergeräte, die insbesondere in Kleinspielhallen das Geräteangebot ordnungswidrig erweitern. Auch die Aufstellung von GSG an dafür unzulässigen Orten wird über die Vernetzung eingeschränkt.</p> <p>Aus Sicht des Arbeitskreises gegen Spielsucht e.V. überwiegen die Vorteile einer personengebunden Spielerkarte gegenüber potentiellen Nachteilen und Missbrauchsmöglichkeiten.</p> <p>Und zu dem Bereich Sportwetten nur ein kleines Zitat (S. 15) Selbstkritisch muss der Arbeitskreis gegen Spielsucht e.V. wiederholen, dass die hier niedergelegten Zahlen lediglich die sichtbare Spitze des Eisberges zu sein scheinen. Zahlreiche Kommunen geben an, dass sie die Übersicht über die Sportwettangebote, und hier insbesondere über die Angebote in der Sekundäraufstellung, verloren haben und keine qualifizierten Angaben machen können.</p> <p>Darüber hinaus gibt es eine besondere Problematik, die sich von Ordnungsbehörden nur sehr schwer erfassen lässt und kaum zu kontrollieren ist: Sportwettangebote (und andere Online-Glücksspiele), die über PC angeboten werden. Terrestrische Annahmestellen bzw. Wett-Terminals lassen sich lokalisieren. Sportwettangebote bzw. andere Glücksspiele, die über einen entsprechend präparierten PC vertrieben werden, bleiben in der Regel den Ordnungsbehörden verborgen.</p> <p>Fazit: Die Kontrolle über den Sportwettmarkt in NRW scheint weitgehend verloren gegangen zu sein.</p> <p>Dann gefiel mir besonders die Ermittlung der Auswirkungen von Abstandsregelungen zwischen Spielhallenstandorten (vgl. S. 18 ff)</p> <p>Bereich: Abstandsregelung zwischen Spielhallenstandorten</p> <p>Im Gesetzentwurf § 16 (3) ist ein Mindestabstand von 250 Metern Luftlinie zu einer anderen Spielhalle angedacht. Das Innenministerium NRW wandte sich mit der Fragestellung an den Arbeitskreis gegen Spielsucht e.V., ob es unserer Einrichtung möglich sei, quantitative Aussagen über das Ausmaß der zu erwartenden Kollisionen zwischen zwei oder mehr Spielhallenstandorten zu machen.</p> <p>Der Arbeitskreis gegen Spielsucht e.V. entwickelte daraufhin ein PC-Programm, das ermöglicht, :respekt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Abstände der Spielhallen bis auf 0,5m genau zu erfassen und nominell sowie grafisch darzustellen. - die Anzahl der Kollisionen der Spielhallenstandorte auf kommunaler, aber auch auf Landesebene zu ermitteln. Differenzierungen nach Größenklassen der Kommunen sind ebenfalls möglich. - unterschiedliche Abstandsradien einzugeben und somit alternative Planungen zu durchdenken. - weitere Glücksspielanbieter wie terrestrische Sportwettannahmestellen einzugeben

Autor	Beitrag
	<p>und zu verorten.</p> <p>- über variierende Abstandsradien auch für andere Bundesländer mit abweichenden Regelungen Berechnungen zu erstellen.</p> <p>Grundlage für die Effektivität des Programms, und damit auch für die Aussagekraft der Ergebnisse, sind valide Spielhallenadressen. Vor diesem Hintergrund hat der Arbeitskreis gegen Spielsucht e.V. mit der Gesamterfassung der Spielhallenstandorte in NRW begonnen.</p> <p>317 von den 396 NRW-Kommunen meldeten zum 1.1.2012 einen Spielhallenbestand. Insgesamt wurden vom Arbeitskreis gegen Spielsucht e.V.</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2.660 Spielhallenstandorte mit • 4.315 Spielhallenkonzessionen <p>erhoben.</p> <p>Durch die beispielhafte Zuarbeit der kommunalen Ordnungsämter ist es gelungen, die Adressen von</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2.518 der 2.660 NRW-Spielhallenstandorte (94,66%) und von • 3.586 der 4.315 NRW-Spielhallenkonzessionen (83,10%) (2) <p>valide zu erheben und in das Auswertungsprogramm einzuspeisen. Die Adresserhebung wird bis zur Gesamterfassung fortgeführt. Den Kommunen wird auf Wunsch eine qualifizierte Analyse ihres Spielhallenmarktes mitgeteilt.</p> <p>Ergebnis: (vgl. S. 20) [SIZE=16][COLOR=red]Beim derzeitigen Stand der Untersuchung kollidieren im angedachten Abstandsradius von 250 m in NRW</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1.431 Spielhallenstandorte (56,83%) miteinander, davon • 854 Spielhallenstandorte (32,10%) mit mindestens zwei weiteren. <p><u>Empfehlung:</u></p> <p>Als Lösungsmöglichkeit empfiehlt der Arbeitskreis gegen Spielsucht e.V.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine Quotenregelung „Einwohner pro Spielhallen-GSG“, die der Intention des § 1 der Gesetzesvorlage entspricht <p>Harte Worte zur Realität (S. 25): Der Arbeitskreis gegen Spielsucht e.V. sieht in der Bündelung der skizzierten Wege eine Optimierung der Chancen, den Spielerschutz in der Praxis umzusetzen.</p> <p>Das schwächste Glied in dieser Kette stellen potentiell die Glücksspielanbieter dar, die über effektiven Spielerschutz Umsatzeinbrüche auf sich zukommen sehen. Dass jeder Glücksspielanbieter, der dauerhaft gegen geltendes Recht verstößt, mit Recht und zu Recht davon bedroht ist, seine Konzession zu verlieren und damit Totalverlust zu „erleiden“, scheinen einige Anbieter aus ihrem Bewusstsein zu verdrängen.</p> <p>Auch Angebote der Anbieterseite (hier: der Verbände der Automatenaufsteller) auf Basis „freiwilliger Verpflichtungen“ haben sich durch, in der Vergangenheit gemachte Erfahrungen, abgenutzt. Teil-weise waren solche Angebote desinformierender,</p>

Autor	Beitrag
	<p>wirkungsloser Unsinn (wie z.B. die PAS 1016 bei FUNGAMES) oder aber sie wurden eh nur von Teilen einer nicht homogenen Aufstellerschaft befolgt.</p> <p>Und der Hinweis auf den Vollzug mit der Forderung nach einer Task Force (S. 29 ff) Der Arbeitskreis gegen Spielsucht e.V. empfiehlt die Gründung einer stehenden, thematisch besonders qualifizierten „Task Force“, die interdisziplinär nachfolgende Bereiche abdeckt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Recht (Jurist) - Steuer (Steuerfahndung) - Strafverfolgung (Polizei) - Ordnungsamt <p>Die angedachte „Task Force“, angesiedelt bei einer Bezirksregierung, soll nicht die Aufsichts- und Kontrollaufgaben der Ordnungsämter ersetzen, sondern bei Bedarf helfen, diese zu qualifizieren.</p> <p>Die Mitarbeiter von Ordnungsämtern sind die natürlichen Bündnispartner des Spielerschutzes. Aber nur dann, wenn ihre Handlungsfähigkeit durch klare Gesetzesvorgaben, durch eindeutige Rechtsprechung sowie durch logistische und fachliche Qualifizierung erhalten bzw. wieder hergestellt wird.</p> <p>Zusammenfassend eine hervorragende Arbeit des Arbeitskreises gegen Spielsucht in Unna, vertreten durch Herrn Jürgen Trümper, und alle anderen Personen, die ihn unterstützt haben. :danke:</p> <p>Grüße</p>
<p>gmg 04.09.2012 07:29</p>	<p>Die Anhörung im Landtag ist öffentlich. Wie games & business erfahren hat, muss die Anhörung aber – wegen Umbauarbeiten – in vergleichsweise beengten Räumlichkeiten stattfinden. Die Plätze sind daher begrenzt. Angeblich soll die Anhörung aber zumindest akustisch noch in einen anderen Raum übertragen werden.</p> <p>Sie findet im Landtag Nordrhein-Westfalens statt, ab 11 Uhr, in Raum E 3 - D 01. Die Federführung haben der Hauptausschuss und der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtages NRW.</p> <p>Zu der Anhörung sind viele Institutionen, Verbände, Interessengruppen, die Wissenschaft und auch Unternehmen geladen. Von Seite der Branche werden sich nach jetzigem Stand äußern: Deutscher Automaten-Verband (DAV), Forum für Automatenunternehmer in Europa, Gauselmann AG, SchmidtGruppe.</p> <p>Fundstelle Meldung Games & Business</p> <p>Grüße</p>
<p>gmg 05.09.2012 07:40</p>	<p>Mittlerweile sind dann 25 Stück Stellungnahmen veröffentlicht worden.</p> <p>[Von Meike keine Spur....] :kopfkratz:</p> <p>Grüße</p>

Autor	Beitrag
gmg 05.09.2012 16:35	<p>Jetzt sind wir bei 26 Stück Stellungnahmen. Die neu veröffentlichte Stellungnahme ist auch nicht von Meike..... 8o</p> <p>Grüße</p>
John-Lautner 05.09.2012 17:34	<p>mannomann Meike nun lass den nerd doch nicht so schmoren, der liebt dich wirklich :hochzeit:</p>
gmg 06.09.2012 08:55	<p>Interessant, die Stellungnahme 16/57 des BDK (Bund Deutscher Kriminalbeamter).</p> <p>Einzigster Nachteil: online (noch) nicht verfügbar</p> <p>Na ja. Hat ja noch Zeit. Bis 11.00 Uhr....</p> <p>Sicherlich mal wieder lesenswert, diese Stellungnahme. Wenn ich noch an die Qualität der Ausführungen in der Stellungnahme vom 10. 02. 2012 für den Landtag Schleswig-Holstein denke (Umdruck 17/3604)....</p> <p>Grüße</p>
gmg 06.09.2012 17:57	<p>Komisch, nun ist er weg!</p> <p>Der Hinweis auf die Stellungnahme 16/57 des BDK (Bund Deutscher Kriminalbeamter).</p> <p>Merkwürdig! Sehr merkwürdig! Ob der wohl vor der Sitzung noch ausgedruckt an unsere Abgeordneten verteilt worden ist?</p> <p>Da wird doch wohl nicht...?</p> <p>Grüße</p>

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 143 172 174">Meike</p> <p data-bbox="92 176 322 208">07.09.2012 05:31</p>	<p data-bbox="352 143 580 174">Hallo zusammen,</p> <p data-bbox="352 212 1422 344">gestern wurde nicht einmal die angesetzte Zeit für die Anhörung ausgenutzt, aber trotzdem hoffe ich sehr, dass es dazu ein Wortprotokoll geben wird, weil echte "Klopfer" dabei waren und ich konnte gar nicht so schnell mitschreiben, um die kuriosesten Antworten zu behalten.</p> <p data-bbox="352 412 1465 479">Äußerst interessant war es zu sehen / hören , welche Partei, welchem SV eine Frage stellte und wie dieser SV reagierte, d.h.</p> <p data-bbox="352 517 1406 584">schrieb der SV die Frage z.B. mit oder hatte er seine DIN A - 4 Seite groß genug getippt mit rosa Texmarker für die wichtigsten Worte bereits vor sich liegen.</p> <p data-bbox="352 618 1453 719">Beispielsweise musste Herr Tiedtke vom Direktorium für Vollblutzucht die Frage des FDP-Abgeordneten mitschreiben, wobei Herr Besse ständig von seinen Seiten mit rosa Eddingmarkierungen ablas.</p> <p data-bbox="352 786 1509 1055">Ganz gruselig nach m.E. waren die Statemenst von Herrn Prof. Dr. Dr. Peren der mehrfach wiederholte "Ich denke in Zahlen, in Geld" und sich von der Automobilindustrie überhaupt nicht lösen konnte, seine "Sozialkostenberechnung" schön zeigten, dass er das Thema Gücksspiel mit seinen Folgekosten als Ökonom inhaltlich noch nicht in Gänze erfasst hat und sein Kollege Dr. Uwer mit dem Wort des Tages glänzte der "strukturellen Korruption". Die Herren wurden maßgeblich von der FDP gefragt, - ich glaube sogar, - aber das Wortprotokoll wird Gewissheit bringen-, kein anderer stellte eine Frage.</p> <p data-bbox="352 1155 1485 1290">Ein Raunen ging durch die Zuschauerschaft als Herr Gauselmann von den Landesmitteln erzählte, welche er für den Aufbau seiner Firma erhalten hatte und ich bin sehr gespannt, ob dass nun 16 Mio € oder 16 Mio DM waren, weil ich die Währung nicht ganz verstanden hatte.</p> <p data-bbox="352 1357 1477 1592">Vollkommen entsetzt war ich von Dr. Veelken, dem Vertreter der Spitzenverbände der Kommunen, - quasi dem einzigen anwesenden Vertreter der Exekutive - Da sagte er tatsächlich, dass die "Spielhallen kein Problem seien und die Kommunen wären gut aufgestellt" und lud nur Beschwerden in Richtung Bezirksregierung ab, dass dort eine Aufsichtsbehörde tätig ist, die tatsächlich vor Ort Überprüfungen auf illegale Sportwettenvermittlung durchgeführt hätte und dann - so wörtlich - die Kommunen "angestachelt" hätte, dass sie hätten tätig werden müssen.</p> <p data-bbox="352 1626 1126 1659">Ich war vollkommen entsetzt, was dieser Herr von sich gab.</p> <p data-bbox="352 1693 1485 1794">Da hatte die Exekutive dann Gott sei Dank Herrn Trümper und Frau Füchtenschnieder, die auf die personellen Engpässe und tatsächlichen Probleme gerade auch in kleinern Kommunen hingewiesen hatte.</p> <p data-bbox="352 1861 1422 1962">Wahrlich unglaublich war der einzige Wortbeitrag der Dame, so eine ähnliche - irgendwie sehen die immer gleich aus - hatte ich schon mal i.V. in Berlin gesehen, der Vertreterin von Herrn Prof. Dr. Ennuschat " Mein Chef hat gesagt.."</p> <p data-bbox="352 1995 1422 2130">Und ganz skuril war Herr Prof. Dr. Alber, der allen erzählte, dass von je her Poker angeblich ein Geschicklichkeitsspiel gewesen sei - da dürfte ihn dann der letzte Wohlgesonnene nicht mehr so richtig ernst genommen haben- und der Exekutive dann ihre Mittelmäßigkeit erklärte</p>

Autor	Beitrag
	<p>Zitat aus der Erinnerung "Das Hauptproblem ist nicht der Schwarzmarkt, da kann man leicht dahinter kommen, das ist nicht so schwer."</p> <p>Dolle Veranstaltung!</p> <p>VG Meike</p> <p>P.S.: @ gmg Alle Stellungnahmen lagen vor der Eingangstür rechts auf einem Tisch zum Mitnehmen bereit.</p>
<p>Meike 07.09.2012 17:09</p>	<p>Hallo gmg,</p> <p>warum die Stellungnahme vom BDK noch nicht eingestellt ist, weiß ich gar nicht, aber sie lag aus und da ich diese freundlicher Wesie auch als pdf habe, hänge ich sie unten an.</p> <p>Vielleicht interessiert es ja noch den ein oder anderen, der gestern nicht da war.</p> <p>VG Meike</p>
<p>gmg 07.09.2012 17:34</p>	<p>:danke: Meike!</p> <p>Da war meine Vermutung richtig.....</p> <p>Zitat on Ich rege daher an, dass Nordrhein-Westfalen sich künftig verstärkt in o. g. Initiativen einbringt.</p> <p>Gut geschrieben! Natürlich auch noch einige andere Sätze.... :lesen:</p> <p>Grüße</p>

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 145 327 212">Meike 08.09.2012 08:16</p>	<p data-bbox="352 145 574 212">Hallo gmg, hallo zusammen,</p> <p data-bbox="352 246 1396 347">ja, ich denke, dass der BDK hier ganz entscheidende und wichtige Forderungen formuliert hat, welche notwendig sind, um das Erreichen der Ziele des §1 GlüÄndStV zu ermöglichen.</p> <p data-bbox="352 414 1524 515">Natürlich können Straftaten und die Möglichkeiten zur Steuerverkürzung und Geldwäsche nur von den Experten analysiert und letztlich mit entsprechenden Maßnahmenkatalogen belegt werden.</p> <p data-bbox="352 582 989 616">Es sind aber noch weitere wichtige Forderungen.</p> <p data-bbox="352 683 1396 851">Auch gerade der Nachweis der Mittelbereitstellung, dass die Mittel zum Konzessionserwerb nicht aus zuvor verübten Straftaten stammen und der Konzessionsverlust, sobald eine zuständige Behörde feststellt, dass der Konzessionär sich auch noch im Bereich des illegalen Glücksspiels betätigt, sind ganz wichtig.</p> <p data-bbox="352 918 1396 1086">Denn wie sagte Herr Dahms - nach seinen Angaben "als einziger anwesender Vertreter der privaten Sportwettanbieter" in der Anhörung "mit welcher Begründung soll ich als Unternehmer hier in Deutschland Lizenzen erwerben?"</p> <p data-bbox="352 1187 1492 1254">Und diese Frage möchte ich erweitern: "Mit welcher Begründung soll der Lizenznehmer NRW nicht auch in anderen Bundesländern ohne Lizenz sein "Produkt" vertreiben?"</p> <p data-bbox="352 1355 1396 1556">Und nachdem Herr Faber und Herr Dahms recht anschaulich darlegten wie viele Lizenzen der private Anbieter in Deutschland erwerben müsste, um hier das legal zu tun, was der Illegale die ganze Zeit schon tut, d.h. die "normalen" Vertriebswege terrestrisch und via Internet zu nutzen, müsste doch langsam jedem klar werden, dass nur ein bundeseinheitliches Glücksspielgesetz hier die "Kuh vom Eis" bekommt.</p> <p data-bbox="352 1657 1340 1724">Und lehrreich war die Veranstaltung, da Mann wie Frau doch recht fokussiert bestimmte Dinge liest und manches dann schon mal überlesen wird</p> <p data-bbox="352 1758 558 1792">Bsp.: Testkäufe</p> <p data-bbox="352 1825 1428 1960">Was so ein kleines Wort wie "KANN" doch ausmacht. Da stimme ich Frau Führtenschnieder absolut zu, dass da ein "MUSS" draus werden muss und warum dies NUR durch die Aufsichtsbehörde erfolgen soll, hatte ich persönlich nicht verstanden.</p> <p data-bbox="352 2027 638 2060">Bsp.: Annahmestellen</p> <p data-bbox="352 2094 1356 2128">Ich dachte eigentlich, dass die Zahl noch diskutiert werden sollte, aber meine</p>

Autor	Beitrag
	<p>"Unkenrufe" hier im Forum vor einigen Monaten sollen sich offenbar bewahrheiten, wenn man den Ausführungen von Herrn Dahms glaubt, dass in allen 3625 Lotterieannahmestellen in NRW demnächst Sportwetten vermittelt werden sollen + die anderen Privaten. Er teilte mit, dass das in Bayern auch so sei. - Vielleicht kann hier ein bay. Kollege etwas zu sagen.-</p> <p>Bsp.: Rennereignisse, Pferderennen</p> <p>Da lernte ich von Herrn Tiedtke, dass es nur 400 Wettereignisse über das Jahr gibt und die Buchmacher aus Pferdewetten einen Umsatzrückgang seit 01.07. wegen der 5% Steuermarke von ca. 23% haben.</p> <p>usw.</p> <p>Wie geschrieben, hoffe ich sehr auf ein Wortprotokoll speziell auch zu den "Verhandlungsangeboten" die Herr Gauselmann zu den Spielhallen gemacht hatte. Ich hatte nicht so recht verstanden warum er sagte "Wir wollen 50 - 60 Geräte pro Standort."</p> <p>Und vor allem möchte ich dann auch die Ausführungen von Herrn Besse nachlesen zu den 570 Überprüfungen in Spielhallen, von denen er sprach und seinen Ausführungen zu den dort angetroffenen 5 Jugendlichen (ich glaube, dass das die Zahl war die er nannte).</p> <p>Ich habe seine Erklärung zu festgestellten Jugendschutzverstößen nicht so recht verstanden, mitgeschrieben hatte ich mir die Worte "reingeschickt" oder "reingemogelt".</p> <p>Gab es in Spielhallen auch eine Art "Testkäufe" oder wie muss ich das verstehen?</p> <p>Oder wollte er dazu auffordern, dass es da zukünftig in Spielhallen auch Testkäufe gibt, denn da hätte Herr Hoeller, der nach seinen Ausführungen Jugendliche Rubbellose in Lottoannahmestellen kaufen lässt, um dann Abmahn- und Klageverfahren zu führen es mit den Spielhallen wesentlich leichter, denn dort geht es nur um Zutritte, siehe z.B. §10 SpielV bei den anderen Spielen und §6 Jugendschutzgesetz "Die Anwesenheit in öffentlichen Spielhallen oder ähnlichen vorwiegend dem Spielbetrieb dienenden Räumen darf Kindern und Jugendlichen nicht gestattet werden."</p> <p>VG Meike</p>

Autor	Beitrag
<p>gmg 11.09.2012 15:19</p>	<p>Was berichtet der Automatenmarkt über die Anhörung ?</p> <p>NRW: Ringen um den Staatsvertrag In einer Anhörung zum neuen Glücksspielstaatsvertrag der Länder prallten die Interessen am Donnerstag im Landtag „hart aufeinander“, berichtet die Kölnische Rundschau.</p> <p>Laut Glücksspielvertrag soll künftig zwischen zwei Spielstätten ein Mindestabstand von 250 Metern liegen. Spielstätten dürfen nicht mehr "aufdringlich beworben werden" und müssen zwischen ein und sechs Uhr schließen.</p> <p>Mehrfach konzessionierte Spielstätten soll es nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren nicht mehr geben. In gastronomischen Betrieben dürfen nur maximal zwei Geldspielgeräte aufgestellt werden.</p> <p>Bereits jetzt lassen die Städte durchblicken, dass für ihre Ordnungsämter untragbare Belastungen bei der Durchsetzung der Bestimmungen drohen. Bisläng ist unklar, welcher Betreiber seinen Standort bei benachbarten Spielstätten schließen müsse. Zudem drohe die „Atomisierung der Spielhallen über die ganze Stadtfläche“, lässt der Bonner General-Anzeiger verlauten.</p> <p>Die vollständige Meldung gibt es hier</p> <p>Grüße</p>
<p>Meike 12.09.2012 05:04</p>	<p>- war versehentlich im falschen Thema -</p>
<p>Meike 18.09.2012 05:13</p>	<p>Hallo zusammen,</p> <p>ein wichtiger Part ist die Steuerungsmöglichkeit über den Finanzsektor.</p> <p>Hier hat nun offenbar die Deutsche Bank den ersten Schritt ganz selbstständig getan</p> <p>http://www.fr-online.de/wirtschaft/deutsche-bank-schluss-mit-porno--gluecksspiel-und-waffen,1472780,16982468.html</p> <p>27. August 2012</p> <p>Deutsche Bank</p> <p>Schluss mit Porno, Glücksspiel und Waffen</p> <p>.....</p> <p>Anshu Jain hat eine Kulturrevolution angezettelt. „Die Deutsche Bank bekennt sich dazu, beim Kulturwandel in der Finanzindustrie in der vordersten Reihe zu stehen“, hieß es Ende Juli. Künftig gilt: Keine Gehaltsexzesse, weniger Risiko, mehr Verantwortung – der Deutsche-Bank-Vorstand schafft zusammen mit seinem Kollegen Jürgen Fitschen jetzt all das ab, was er jahrelang gemeinsam mit seinem Ex-Chef Josef Ackermann aufgebaut hat.</p> <p>In seinem Haus gelten künftig neben strengen Kreditrichtlinien, die Waffengeschäfte, Pornografie und Glücksspiel verbieten, neue Bonusregeln.</p>

Autor	Beitrag
<p>gmg 19.09.2012 13:43</p>	<p>Auch für diesen Gesetzentwurf gilt natürlich, dass er ggf. - je nachdem welche Sachverhalte durch das Gesetz tatsächlich geregelt werden sollen - notifiziert werden muß.</p> <p>[Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 204 vom 21.7.1998, S. 37), die zuletzt durch die Richtlinie 2006/96/EG vom 20. November 2006 (ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 81) geändert worden ist, sind zu beachten.]</p> <p>Entsprechende Regelungen anderer Bundesländer, die nach hiesigem Kenntnisstand alle nicht notifiziert worden sind, werden sicherlich unter Hinweis auf ausschließlich diesen Sachverhalt erfolgreich angefochten werden können.</p> <p>Grüße</p>
<p>Meike 20.09.2012 05:24</p>	<p>Hallo gmg,</p> <p>wenn ich eins bei meinem netten Schriftverkehr mir eu-markt zum Glücksspielgesetz SH gelernt habe, dann dass die Notifizierung ein recht zahnlöser Tiger ist, der eine sehr enge Sichtweise hat und irrsinnig lange Fristen.</p> <p>Aktuell gibt es zwei Jahre Zeit zur Rückmeldung.</p> <p>VG Meike</p>
<p>gmg 20.09.2012 07:42</p>	<p>Das mit den 2 Jahren verstehe ich jetzt nicht.</p> <p>Nach meinem Kenntnisstand gilt folgende zeitliche Vorgabe:</p> <p><u>Gegenstand und Funktion von Notifizierungsverfahren</u></p> <p>Nach der sog. Informationsrichtlinie (Richtlinie 98/34/EG) müssen die Mitgliedsstaaten der EU der Europäischen Kommission Entwürfe von „technischen Vorschriften“ notifizieren, bevor sie innerstaatlich in Kraft treten können. Die jeweilige Vorschrift darf dann nicht vor Ablauf von 3 Monaten verabschiedet werden. Die Stillhaltefrist verlängert sich - abhängig von der Art der Vorschrift - auf 4 bis 6 Monate, wenn die Kommission oder ein anderer Mitgliedsstaat eine ausführliche Stellungnahme abgeben.</p> <p>Also maximal 6 Monate....</p> <p>Was natürlich in Praxis bedeutet, dass es in diesem Jahr mit den beabsichtigten Änderungen von GewO und SpielV nix mehr wird [sprich nicht mehr in diesem Jahr in Kraft treten können], da wir bereit Ende September schreiben..</p> <p>Grüße</p>

Autor	Beitrag
<p>petergaukler 20.09.2012 08:59</p>	<p>quote----- Original von gmg Das mit den 2 Jahren verstehe ich jetzt nicht.</p> <p>Nach meinem Kenntnisstand gilt folgende zeitliche Vorgabe:</p> <p>Gegenstand und Funktion von Notifizierungsverfahren</p> <p>Nach der sog. Informationsrichtlinie (Richtlinie 98/34/EG) müssen die Mitgliedsstaaten der EU der Europäischen Kommission Entwürfe von „technischen Vorschriften“ notifizieren, bevor sie innerstaatlich in Kraft treten können. Die jeweilige Vorschrift darf dann nicht vor Ablauf von 3 Monaten verabschiedet werden. Die Stillhaltefrist verlängert sich - abhängig von der Art der Vorschrift - auf 4 bis 6 Monate, wenn die Kommission oder ein anderer Mitgliedsstaat eine ausführliche Stellungnahme abgeben.</p> <p>Also maximal 6 Monate....</p> <p>Was natürlich in Praxis bedeutet, dass es in diesem Jahr mit den beabsichtigten Änderungen von GewO und SpielV nix mehr wird [sprich nicht mehr in diesem Jahr in Kraft treten können], da wir bereit Ende September schreiben..</p> <p>Grüße -----</p> <p>gmg,</p> <p>das bedeutet in der praxis -</p> <p>alles kalter kaffee oder wie ?</p> <p>der glücksspielstaatsverrag gilt doch seit 7.2012 oder gibt es ausnahmen ?</p> <p>pg.</p>

Autor	Beitrag
<p>gmg 20.09.2012 10:26</p>	<p>Deine Frage vermag ich ganz sicherlich nicht zu beantworten, pg.</p> <p>Nur noch einmal kurz zur Klarstellung 1) der Hinweis auf die Ausführungen der Rechtsanwälte Dr. Ronald Reichert und Marco Rietdorf, Fachanwälte für Verwaltungsrecht, aus dem MEMO der Kanzlei Redeker, Sellner, Dahms zur angeblichen Notifizierungspflicht des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin – SpielhG Bln) in der Fassung vom 04.04.2011 (Drs. 16/4027, S. 1 ff.) bei der Europäischen Kommission -</p> <p>Link</p> <p>.</p> <p>Dort werden unter I. nützliche Hinweise zu Gegenstand und Funktion von Notifizierungsverfahren aufgestellt.</p> <p>Du siehst hier also, dass man nicht gegen den Glücksspielstaatsvertrag (quasi die Rahmenvereinbarung) angeht, sondern gegen das Spielhallengesetz Berlin (das Ausführungsgesetz zum Glücksspielstaatsvertrag).</p> <p>2) Zu dem Notifizierungsverfahren der Technischen Richtlinien 4. 1 der PTB in den Jahren 2008/2009 gibt es ja den gesamten Vorgang bei der Europäischen Kommission</p> <p>.</p> <p>3) Auch die seinerzeit (2005) anstehende "Fünfte Verordnung zur Änderung der Spielverordnung" wurde ja bereits dem Notifizierungsverfahren bei der Europäischen Kommission unterworfen.</p> <p>Klick</p> <p>Jetzt mag sich jeder selbst einen Reim darauf machen, was notifiziert werden muß oder auch nicht.</p> <p>Grüße</p>
<p>gmg 28.09.2012 10:50</p>	<p>Nunmehr ist das Wortprotokoll der Hauptausschuss-Sitzung vom 06. 09. 2012 veröffentlicht worden.</p> <p>Grüße</p>
<p>Meike 28.09.2012 18:16</p>	<p>Hallo gmg,</p> <p>danke, das ist wirklich toll. Da kann man nochmal alles in Ruhe nachlesen.</p> <p>VG Meike</p>
<p>lodermulch 28.09.2012 20:25</p>	<p>sagt mal: wenn jemand in so einer sitzung platt lügt (ich meine jetzt nicht so etwas harmloses wie der depp vertreter vom automatenverband, der noch nicht mal mitbekommen hat, daß "neuerdings" 12 statt 8 automaten aufgestellt werden dürfen...)</p> <p>- kann derjenige dann eigentlich irgendwie belangt werden?</p>

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 143 327 210">Meike 29.09.2012 06:23</p>	<p data-bbox="352 143 895 246">Hallo Iodermulch, an was hattest Du denn konkret gedacht?</p> <p data-bbox="352 280 1437 347">Die Damen und Herren, die dort saßen, wurden schließlich weder als Privatperson, noch als Sachverständige vereidigt.</p> <p data-bbox="352 416 1051 450">Und derartige Aussagen, wie die von Prof. Dr. Albers:</p> <p data-bbox="352 483 416 517">Zitat:</p> <p data-bbox="352 551 1489 786">Prof. Siegbert Alber (Forschungsstelle Glücksspiel der Universität Hohenheim):Zum Stichwort „Poker“. Poker war zunächst als reines Geschicklichkeitsspiel, nicht als ein Glücksspiel eingestuft, weil mit dem Pokerspiel viele subjektive Momente verbunden sind – Bluffen, den Gegner richtig einschätzen usw. Dieses Moment entfällt jedoch beim Internet-Poker. Poker im Internet dürfte möglicherweise, was den Faktor „Betrug“ anbelangt, am gefährdetsten sein, weil sich die Spieler nebenher telefonisch verständigen können, was bei einem Präsenzpoker nicht möglich ist.....</p> <p data-bbox="352 855 1453 922">Nun ja, zeigt doch nur die Qualität der Aussagen von einigen, hier dem Vertreter der Forschungsstelle der Universität Hohenheim.</p> <p data-bbox="352 1025 608 1059">Und diese Aussage</p> <p data-bbox="352 1093 416 1126">Zitat:</p> <p data-bbox="352 1160 1414 1328">Dr. Sebastian Veelken (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW):..... Die Kommunen sind im Bereich der Überwachung gut aufgestellt. Die Spielhallen fallen in der Gesamtgewerbeüberwachung nicht unbedingt auf und bereiten im Massengeschäft keine Probleme.....</p> <p data-bbox="352 1397 1477 1496">War einfach nur krotesk und ein Schlag ins Gesicht für viele Mitarbeiter von Kommunen, die tagtäglich nicht wissen wie sie personell im Bereich der Überwachung alles gewuppt bekommen sollen.</p>

Autor	Beitrag
<p>Meike 03.10.2012 07:34</p>	<p>Hallo zusammen, auf Seite 35, 36 des Protokolls kann man lesen</p> <p>".....In diesem Zusammenhang hat Herr Prof. Tilmann Becker festgestellt, dass von der ordnungspolitischen Seite her größere Betriebe wesentlich besser kontrolliert werden können als kleine.</p> <p>Es ist eine Tatsache, dass es mit den Kleinstspielhallen mit nur zwölf Geräten nicht funktionieren wird.</p> <p>.....Wir wollen gar nicht die 250 Geräte, wie sie in den Spielbanken in Nordrhein-Westfalen stehen, aber wir möchten mindestens 20 % davon, das heißt also eine Zahl zwischen 50 und 60 Geräten..."</p> <p>Frage: Kennt jmd. die ominöse Studie / Feststellung des Prof. Tilmann Becker? Beschult er nun auch Ordnungsämter und macht mit diesen Spielhallenkontrollen?</p> <p>Soll das bedeuten, dass alle einfachen Konzessionen "legal" gar nicht arbeiten können?</p> <p>VG Meike</p>
<p>Meike 09.10.2012 05:29</p>	<p>Hallo zusammen, die Zusammenfassung mit Empfehlungen für den Landtag wird es offenbar erst Ende Oktober geben</p> <p>http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/Ausschuesse/A05 - _Hauptausschuss/Aktuelles.jsp</p> <p>.....</p> <p>Der Gesetzentwurf zum 1. Glücksspieländerungsstaatsvertrag, Drs. 16/17, war nicht Gegenstand dieser Sitzung. Wegen des Wegfalls der Plenartage im Oktober 2012 wollen die Fraktionen die zusätzliche Zeit bis zu den nun nächsten Plenarsitzungstagen im November für ihre fraktionsinterne Auswertung der Anhörung nutzen.</p> <p>Nächste Sitzung am 25. Oktober 2012</p>

Autor	Beitrag
<p>gmg 25.10.2012 13:36</p>	<p>Wie ich hörte, sind heute die abschließende Beratung und Abstimmung über das Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag - Erster GlüÄndStV) im Landtag NRW - Hauptausschuß - (Drs. 16/17) gelaufen.</p> <p>Tagesordnung - vgl. TOP 2</p> <p>Wo gibt es die Details über Beratung und Abstimmung ??</p> <p>Ganz wichtig erscheint aber der Beschluß, eine fünfte Spielbank in NRW zuzulassen. ?(</p> <p>Grüße</p>
<p>Meike 26.10.2012 05:18</p>	<p>.... in der RP war als einziges Ergebnis der Beratungen die Idee der 5. Spielbank zu lesen, in Köln.</p> <p>Vor ca. 7 Jahren gab es bereits eine heftige Diskussion dazu.</p> <p>Damals lebte der Düsseldorfer OB ERwin noch und man konnte sich gut eine Spielbank im alten NRW Landtag vorstellen, Köln war damals auch im Gespräch und so war eine Idee, eine schwimmende Spielbank auf dem Rhein, immer zwischen Köln und Düsseldorf schippernd.</p> <p>Liebe Leute,</p> <p>habt ihr Euch schon mal auf den Straßen und Hinterhöfen umgeschaut?</p> <p>Das soll eine neue Spielbank "kanalisieren"? - Wer ist denn ganz konkret auf diese Idee gekommen?</p> <p>Ich kann mich nicht daran erinnern, dass in der öffentlichen Anhörung irgend jemand dies als ultima ratio genannt hatte.</p> <p>VG Meike</p>

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 147 325 210">gmg 02.11.2012 11:59</p>	<p data-bbox="352 147 1485 383">Gerade wurde ein Entschließungsantrag zum Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag - Erster GlüÄndStV)- Drucksache 16/17 -</p> <p data-bbox="352 421 746 483">der Fraktion der SPD und der Fraktion B90 / Die Grünen</p> <p data-bbox="352 521 528 551">veröffentlicht.</p> <p data-bbox="352 589 663 618">Sind coole Sachen drin:</p> <p data-bbox="352 633 392 663">.....</p> <p data-bbox="352 656 1485 891">Der Landtag fühlt sich auf dem Gebiet des Glücksspiels im besonderen Maße der Suchtprävention, dem Jugendschutz sowie der Kriminalitätsbekämpfung verpflichtet. Gerade den im öffentlichen Auftrag tätigen nordrheinwestfälischen Spielbanken kommt hierbei eine herausgehobene Bedeutung zu. Deshalb wird zukünftig ein entsprechender Beirat unter Einbeziehung von Vertretern des Landtages die Umsetzung der ordnungspolitischen Zielsetzungen des Glücksspielstaatsvertrags bei Westspiel begleiten...</p> <p data-bbox="352 992 963 1021">LT-Drs. 16/1287 vom 31. 10. 2012 beigefügt....</p> <p data-bbox="352 1059 437 1088">Grüße</p>

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 147 325 210">gmg 02.11.2012 14:37</p>	<p data-bbox="352 181 660 309">quote----- Original von Meike ... in der RP war als einziges Ergebnis der Beratungen die Idee der 5. Spielbank zu lesen, in Köln.</p> <p data-bbox="352 383 1150 414">Vor ca. 7 Jahren gab es bereits eine heftige Diskussion dazu.</p> <p data-bbox="352 450 1369 616">Damals lebte der Düsseldorfer OB ERwin noch und man konnte sich gut eine Spielbank im alten NRW Landtag vorstellen, Köln war damals auch im Gespräch und so war eine Idee, eine schwimmende Spielbank auf dem Rhein, immer zwischen Köln und Düsseldorf schippernd.</p> <p data-bbox="352 719 512 750">Liebe Leute,</p> <p data-bbox="352 786 1289 817">habt ihr Euch schon mal auf den Straßen und Hinterhöfen umgeschaut?</p> <p data-bbox="352 853 1433 920">Das soll eine neue Spielbank "kanalisieren"? - Wer ist denn ganz konkret auf diese Idee gekommen?</p> <p data-bbox="352 956 1458 1023">Ich kann mich nicht daran erinnern, dass in der öffentlichen Anhörung irgend jemand dies als ultima ratio genannt hatte.</p> <p data-bbox="352 1023 432 1090">VG Meike -----</p> <p data-bbox="352 1193 708 1225">Wie wird jetzt ausgeführt??</p> <p data-bbox="352 1261 1417 1359">Zitat on IV. Zu Artikel 3 (Spielbankgesetz NRW - SpielbG NRW) 1. In § 2 Absatz 2 SpielbG wird die Zahl vier durch die Zahl [SIZE=20]fünf ersetzt.</p> <p data-bbox="352 1395 1465 2132">Begründung: Der Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland zielt darauf ab, durch ein begrenztes, eine geeignete Alternative zum nicht erlaubten Glücksspiel darstellendes Glücksspielangebot den natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken sowie der Entwicklung und Ausbreitung von unerlaubten Glücksspielen in Schwarzmärkten entgegenzuwirken. Dieses Ziel hat im neuen Staatsvertrag an Bedeutung gewonnen. In Nordrhein-Westfalen können derzeit bis zu vier Spielbankstandorte zugelassen werden. Die Erweiterung der bislang geltenden gesetzlichen Begrenzung konkretisiert diesen sich aus § 1 Nr. 2 i. V. m. § 10 Absatz 2 Glücksspielstaatsvertrag ergebenden ordnungsrechtlichen Auftrag, da illegale Spielbankangebote, wie online-Poker und sonstige Online-Casinospiele von 2006 bis 2011 um rund 180% zugenommen haben. Da wegen der besonderen Gefahren das Online-Verbot für Casinospiele weiterhin aufrechterhalten werden muss, gilt es, die Kanalisierung hin zu einem hinreichend attraktiven legalen Alternativangebot gerade für die Glücksspielart der Casinospiele zu verstärken. Das reale Spielerlebnis, das von den Spielbanken angeboten wird, ist da-für grundsätzlich geeignet, muss jedoch in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen nach den infrastrukturellen Rahmenbedingungen (insbesondere Anfahrtswege), so beschaffen sein, dass es die spielaffine Zielgruppe der (potentiellen) Online-Casino Spieler als akzeptable Alternative wahr- und angenommen werden kann. Hieraus entsteht Verbesserungsbedarf, da die gesetzliche Festschreibung der Zahl</p>

Autor	Beitrag
	<p>der Spielbanken auf vier im Vergleich zu angrenzenden Bundesländern und den europäischen Nachbarländern deutlich unter dem Durchschnitt liegt : Nordrhein-Westfalen hat bezogen auf die Zahl der Einwohner bundesweit die wenigsten Spiel-banken. Die Zahl der Einwohner pro Casino beträgt in NRW 4,48 Millionen, während sie im Bundesdurchschnitt 1,06 Millionen (ohne NRW), in den Niederlanden rd. 1,2 Millionen, in Österreich 703.000 und in der Schweiz 412.000 beträgt.</p> <p>Die bisherige gesetzliche Begrenzung auf vier Standorte erschwert nach alledem eine ausgewogene Standortpolitik, die den aktuellen Bedürfnissen der spielaffinen Zielgruppen und dem nun stärker gewichteten Kanalisierungsauftrag Rechnung trägt. Daher ist eine moderate Ausweitung des Angebots von Spielbanken notwendig. Diesem Anliegen trägt der Gesetzgeber mit der geplanten Regelung Rechnung. Damit belegt Nordrhein-Westfalen im bundesweiten Vergleich der Spielbankendichte nach wie vor einen der letzten Plätze, verbessert aber die Ausgangsbedingungen für eine wirksame Kanalisierung weg von illegalen Angeboten.</p> <p>Die maßvolle Begrenzung schließt einerseits eine zu starke Dichte des Spielbankennetzes aus und stellt andererseits eine angemessene regionale Verteilung der Standorte sicher. Abgesehen davon ersetzt die generelle Entscheidung des Gesetzgebers über die Zahl möglicher Standorte nicht die Erlaubnis, eine Spielbank zu betreiben. Diese darf nur erteilt werden, wenn der Betrieb einer Spielbank an einem konkreten Standort nicht den ordnungsrechtlichen Zielen im Spielbankenwesen zuwiderläuft und wenn die Wirtschaftlichkeit des Betriebes dauerhaft gewährleistet ist sowie regelmäßig überprüft wird. Im Hinblick auf die große Verantwortung aus dem öffentlichen Kanalisierungsauftrag soll in den Spielbanken stets ausreichend und regelmäßig fortgebildetes qualifiziertes Personal eingesetzt werden.</p> <p>Soweit die Begründung.</p> <p>[denk]Unter Durchschnitt.... oh je, oh je, oh je, wie erzähl ich das nur meinen Kindern?????</p>

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 145 327 212"> gmg 02.11.2012 15:02 </p>	<p data-bbox="352 145 1476 212"> Für den Bereich der Spielhallen (§§ 16 - 18) konnte ich auf den ersten Blick nur minimale Änderungen des Gesetzesentwurfes feststellen: </p> <p data-bbox="352 246 1476 313"> § 16 Abs. 3 Erhöhung des Mindestabstandes von SpH zu SpH von 250 Meter auf 350 Meter. </p> <p data-bbox="352 347 1476 582"> Begründung: Die Vermeidung einer zu hohen Dichte von Spielhallenbetrieben dient der Verbesserung der Sucht- und Kriminalprävention. Die Heraufsetzung des vorgesehenen Mindestabstands leistet hierzu einen zusätzlichen Beitrag und erscheint auch im Vergleich zu den Regelungen in anderen Bundesländern angemessen, wobei insbesondere die Regelungen in Hessen und Rheinland-Pfalz zu berücksichtigen sind, wo der Mindestabstand auf 300 bzw. 500 Meter festgelegt wurde. </p> <p data-bbox="352 683 1476 750"> In Absatz 6 Nummer 3 ist die Angabe "§ 1 Absatz 10 Nummer 4, 6 und 10" zu ersetzen durch "§ 1 Absatz 10 Nummern 2, 4, 6, 9, 10 und 11". </p> <p data-bbox="352 784 1476 1019"> Begründung: Die Änderungen dienen dazu, dass die bereits jetzt in § 16 Absatz 6 genannten Schutzvorkehrungen nicht umgangen werden können. Sie sollen verhindern, dass der Betreiber einer Spielstätte den Zufluss von Geldern und Guthaben an Dritte ermöglicht und dienen damit der Kriminalprävention, der Stärkung des Verbraucherschutzes, der Einhaltung des Jugendschutzes sowie insbesondere auch der Prävention von Glücksspielsucht. </p> <p data-bbox="352 1086 534 1120"> Im Einzelnen: </p> <p data-bbox="352 1153 1476 1590"> Risiken nach § 1 Abs. 10 Nr. 2 ZAG (EC-Cash-Verfahren durch Dritte): Weiterhin sind Umgehungshandlungen in Zusammenhang mit durch Dritte angebotene „EC-Cash-Back Leistungen“ (über einen Warenkauf [Zigaretten] könnte sich der Spieler einen höheren Betrag auszahlen lassen) möglich. Der Kunde erwirbt im Spielstättenbereich über einen Drittanbieter eine Ware (z.B. Zigaretten), kann dann in Verbindung mit dem Warenkauf einen höheren Betrag ausgezahlt bekommen. Das EC-Cash-Back Verfahren wird unter anderem von der Einzelhandelskette REWE angeboten. Durch Drittfirmen angebotene Dienstleistungen dieser Art werden bisher nicht von der Entwurfsvorlage zum Ausführungsgesetz umfasst. Nach gegenwärtiger Entwurfsvorlage (§ 1 Abs. 10 Nr. 10 ZAG) wären Umgehungstatbestände nur in Bezug auf den Unternehmer selbst ausgeschlossen. Mit der Aufnahme des § 1 Abs. 10 Nr. 2 ZAG sind künftig auch Geldzuflüsse über Dritte in die Spielstätten nicht mehr möglich, hierdurch können Missbrauchspotenziale aus polizeilicher Sicht verhindert werden. </p> <p data-bbox="352 1601 1476 1960"> Risiken nach § 1 Abs. 10 Nr. 9 ZAG (Technische Dienstleistungen durch Dritte): Es muss berücksichtigt werden, dass technische Dienstleistungen im Spielstättenbereich meistens durch Drittfirmen vorgenommen werden (§1 Abs. 10 Nr. 9 ZAG), wie auch über Dritte ausgehandelte und abzuwickelnde Zahlungsdienste. In diesem Bereich wird auf die Messepräsenz der Fa. Call & Cash GmbH auf der Internationalen Messe der Automatenwirtschaft (IMA) im Jahre 2012 hingewiesen, welche gerade im Spielstättenbereich aktiv ist und unter anderem Lösungsmöglichkeiten für die elektronische Abwicklung von Prepaid-Karten anbietet. Möglicherweise könnten diese technischen Dienstleister im Auftrag eines Kreditinstitutes oder Zahlungsdienstes Guthaben auf Prepaid-Karten oder USB-Sticks programmieren, wodurch Guthaben entstehen würde. </p> <p data-bbox="352 1971 1476 2128"> Risiken nach § 1 Abs. 10 Nr. 11 ZAG (Zahlungen über Mobiltelefone): Zum Erwerb von Produkten an Automaten ist es möglich, dass der Kunde eine vom Anbieter bekannt gegebene kostenlose Nummer angewählt. Der Wert des Telefonates entspricht dem Kaufpreis des zu erwerbenden Produktes und wird anschließend über die Telefonrechnung abgerechnet. Derartige Geschäfte sind heute beispielsweise an </p>

Autor	Beitrag
	<p>Parkautomaten möglich. Auch Zahlungsvorgänge auf Grundlage einer Registrierung (Benutzername und Passwort) über Kreditkarte sind heute die Regel. Betrachtet man die schnellen technischen Entwicklungen, so könnten internetbasierte Terminals, beispielsweise im Sportwettbereich, entsprechend konfiguriert und ebenfalls derartige Zahlungsvorgänge leisten. Einem Kunden in der Spielstätte könnten auf diesem Wege Gelder übermittelt werden.</p> <p>In diesen Bereich hat man richtig gute Arbeit geleistet..... :respekt:</p> <p>Grüße</p>
<p>gmg 02.11.2012 15:43</p>	<p>Da ich ja ein "netter Mensch" bin, anbei die Landtags-Drs. 16/1245 (Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses) vom 30. 10. 2012 z. K.</p> <p>Grüße</p>
<p>gmg 08.11.2012 08:22</p>	<p>Da gibt es dann noch einen Entschließungsantrag der FDP vom 07. 11. 2012 als Drs. 16/1335 zum Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag - Erster GlüÄndStV) - Drucksache 16/17 -</p> <p>mit dem Tenor:</p> <p>Neuregelung des Glücksspielrechts muss ausgewogen und rechtssicher erfolgen</p> <p>Grüße</p>
<p>gmg 08.11.2012 10:52</p>	<p>Da gibt es dann noch einen Entschließungsantrag der CDU vom 07. 11. 2012 als Drs. 16/1336</p> <p>zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht des Hauptausschusses (Drs. 16/1245) zum Gesetzentwurf der Landesregierung Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Erster GlüÄndStV) (Drs. 16/17)</p> <p>Artikel 2 Gesetz zur Ausführung des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrages (Ausführungsgesetz NRW Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag - AG GlüÄndStV NRW) wird wie folgt geändert:</p> <p>mit dem Tenor:</p> <p>1) §17 wird wie folgt geändert: Nach „...der jeweils geltenden Fassung“ wird eingefügt: „Die zuständige Behörde kann bei Vorliegen besonderer örtlicher Verhältnisse oder eines öffentlichen Bedürfnisses eine Verkürzung der Sperrzeit gewähren, wobei die verbleibende Sperrzeit drei Stunden nicht unterschreiten darf.“</p> <p>2) §18 wird wie folgt geändert: Nach „...§ 33 i Gewerbeordnung erteilt worden ist“ wird eingefügt: „Eine Befreiung im Sinne des § 29 Abs. 4 Satz 4 GlüÄndStV kann erteilt werden, wenn ein Konzept zur Anpassung vorgelegt wird. Die Befreiung kann nicht über die Geltungsdauer des GlüÄndStV hinaus erteilt werden.“</p> <p>Grüße</p>

Autor	Beitrag
<p>gmg 08.11.2012 11:00</p>	<p>Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag)</p> <p>Ergebnis:</p> <p>In 2. Lesung verabschiedet mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN.</p> <p>Die vollständige Meldung gibt es hier</p> <p>Grüße</p>
<p>lodermulch 08.11.2012 14:44</p>	<p>na, immerhin: ein tusch. wenn auch ein leiser.</p>
<p>petergaukler 12.11.2012 09:05</p>	<p>Einführung des Glücksspiel-Staatsvertrages in NRW zum 1. Dezember 2012 Endlich Öffnungszeiten von Spielhallen begrenzt!</p> <p>Der NRW-Landtag hat jetzt dem neuen Glücksspielstaatsvertrag zugestimmt, der am 1. Dezember 2012 in NRW in Kraft treten wird.</p> <p>Busch: „Die neuen Maßnahmen sind mehr als überfällig. Endlich wird jetzt eine zeitliche Begrenzung der Öffnungszeiten von Spielhallen verbindlich festgelegt. Von 1.00 Uhr nachts bis 6.00 Uhr in der Frühe müssen Spielhallen täglich geschlossen werden.“</p> <p>Nach Auffassung von Busch ist nicht einzusehen, warum Spielhallen auch Mitten in der Nacht geöffnet sind.</p> <p>Busch: „Spielhallen waren meiner Meinung nach leichte Beute für Verbrecher, auch nachts mittels Überfällen zu Geld zu kommen. Die meisten Überfälle auf Spielhallen ereignen sich zu Zeiten, wo sich der Normalbürger schon längst im Bett befindet und zwar zwischen 1:00 Uhr und 6:00 Uhr.“</p>

Autor	Beitrag
<p>rosebud 12.11.2012 09:43</p>	<p>quote----- Original von petergaukler Einführung des Glücksspiel-Staatsvertrages in NRW zum 1. Dezember 2012 Endlich Öffnungszeiten von Spielhallen begrenzt!</p> <p>Der NRW-Landtag hat jetzt dem neuen Glücksspielstaatsvertrag zugestimmt, der am 1. Dezember 2012 in NRW in Kraft treten wird.</p> <p>Busch: „Die neuen Maßnahmen sind mehr als überfällig. Endlich wird jetzt eine zeitliche Begrenzung der Öffnungszeiten von Spielhallen verbindlich festgelegt. Von 1.00 Uhr nachts bis 6.00 Uhr in der Frühe müssen Spielhallen täglich geschlossen werden.“</p> <p>Nach Auffassung von Busch ist nicht einzusehen, warum Spielhallen auch Mitten in der Nacht geöffnet sind.</p> <p>Busch: „Spielhallen waren meiner Meinung nach leichte Beute für Verbrecher, auch nachts mittels Überfällen zu Geld zu kommen. Die meisten Überfälle auf Spielhallen ereignen sich zu Zeiten, wo sich der Normalbürger schon längst im Bett befindet und zwar zwischen 1:00 Uhr und 6:00 Uhr.“</p> <p>-----</p> <p>hi,</p> <p>Wer ist Busch ?</p> <p>Genialer Gedanke : Um Überfälle zu verhindern, einfach den Laden dicht machen !</p> <p>Die Spieler gehen ab 1 Uhr in die staatlichen Spielcasinos oder ins Internet - die Gangster gehen nach Hause (können ja keine Überfälle auf Spielhallen mehr machen :)).</p> <p>Was überfallen die dann ?</p> <p>grüsse</p>
<p>petergaukler 12.11.2012 10:02</p>	<p>tankstellen natürlich oder ?</p> <p>pg.</p> <p>p.s.</p> <p>quelle nrw. war</p> <p>http://www.fdp-leverkusen.de/?p=1039</p>
<p>rosebud 12.11.2012 19:45</p>	<p>hi,</p> <p>wir brauchen ein Tankstellengesetz !!</p> <p>Da diese jetzt nach 1 Uhr (Spielhallen sind zu) noch stärker gefährdet sind, sollten auch diese bereits spätestens um 1 Uhr schliessen.</p> <p>Alternativ könnten in Städten , in denen die Tankstellen länger aufbleiben (sollen), die Spielhallen eine Sperrzeitverkürzung erhalten - dann werden die überfallen :biggrin:.</p> <p>grüsse</p>

Autor	Beitrag
<p>Meike 12.11.2012 20:00</p>	<p>Hallo pg, wer ist denn Herr oder Frau Busch?</p> <p>Wie kommt der/die denn auf diese Idee Zitat „Spielhallen waren meiner Meinung nach leichte Beute für Verbrecher, auch nachts mittels Überfällen zu Geld zu kommen. Die meisten Überfälle auf Spielhallen ereignen sich zu Zeiten, wo sich der Normalbürger schon längst im Bett befindet und zwar zwischen 1:00 Uhr und 6:00 Uhr.“</p> <p>Da sagt die Auswertung der DGUV aber etwas ganz anderes.</p> <p>VG Meike</p>
<p>petergauler 12.11.2012 20:51</p>	<p>quote----- Original von Meike Hallo pg, wer ist denn Herr oder Frau Busch?</p> <p>Wie kommt der/die denn auf diese Idee Zitat „Spielhallen waren meiner Meinung nach leichte Beute für Verbrecher, auch nachts mittels Überfällen zu Geld zu kommen. Die meisten Überfälle auf Spielhallen ereignen sich zu Zeiten, wo sich der Normalbürger schon längst im Bett befindet und zwar zwischen 1:00 Uhr und 6:00 Uhr.“</p> <p>Da sagt die Auswertung der DGUV aber etwas ganz anderes.</p> <p>VG Meike -----</p> <p>meike siehe unter ,</p> <p>http://www.leverkusen.com/presse/db/presse.php?view=00023175</p> <p>gruss</p>

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 145 327 212">Meike 14.11.2012 05:36</p>	<p data-bbox="352 145 1476 246">Hallo pg, da hatte Herr Bürgermeister schön demonstriert woran es hapert.</p> <p data-bbox="352 280 1476 313">Er hat keine Ahnung. Ein einfacher Blick ins Gesetz erleichtert die Urteilsfindung</p> <p data-bbox="352 414 1476 481">https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_detail_text?anw_nr=6&vd_id=11765&vd_back=N626&sg=&menu=1</p> <p data-bbox="352 548 1029 616">§ 3 Regelungen auf dem Gebiet des Gaststättenrechts</p> <p data-bbox="352 683 1564 884">(3) Sofern die örtliche Ordnungsbehörde von der Ermächtigung nach Absatz 2 keinen Gebrauch macht, beginnt die Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften um 5.00 Uhr und endet um 6.00 Uhr. Für den Betrieb der Schank- und Speisewirtschaft in Schiffen und Kraftfahrzeugen gilt keine Sperrzeit, wenn sich der Betrieb auf die Bewirtung der Fahrgäste beschränkt. Für öffentliche Vergnügungsstätten gilt eine allgemeine Sperrzeit, die um 1 Uhr beginnt und um 6 Uhr endet.</p> <p data-bbox="352 952 566 985">D.h. im Klartext:</p> <p data-bbox="352 1019 1476 1187">In NRW gab es die Sperrzeitregelung für Spielhallen schon immer, nur in einigen Städten sah man dann nach pflichtgemäßen Ermessen öffentliche Notwendigkeiten der Verkürzung, die für Ottonormalverbraucher nicht nachvollziehbar sind.</p> <p data-bbox="352 1254 1476 1422">Und wenn eine Kommune es baurechtlich nicht im Griff hat, städtebaulich verantwortungsbewusst zu arbeiten, dann sollte man doch nicht über Abstandsregeln jubeln, die die Verwaltungsmitarbeiter und Gerichte nun einige Jahre beschäftigen werden, um dann entsprechend gekippt zu werden, weil man da von Definition usw. einiges vergessen hatte.</p> <p data-bbox="352 1489 1388 1590">Und zum Thema der angeblichen Überfälle, die zwischen 01:00 und 06:00 Uhr stattfinden, sollte er mal mit der DGUV sprechen und sich deren Auswertungen erklären lassen.</p> <p data-bbox="352 1657 1316 1724">Als Kommunalpolitikerin, die ich bin, ist bei derartigen Pressemitteilungen fremdschämen angesagt.</p> <p data-bbox="352 1758 399 1792">VG</p>

Autor	Beitrag
<p>Meike 26.01.2013 07:23</p>	<p>Hallo zusammen,</p> <p>in Beitrag 30 hatte gmg das Wortprotokoll zur Sachverständigenanhörung im Landtag NRW eingestellt.</p> <p>Auch dort findet ihr die Zahl 1.000</p> <p>aber</p> <p>diese wurde von Herrn Trümper als ermittelte Zahl für ganz NRW vorgestellt und er gab an, dass er damit der "herumgeisternden" Zahl von 545 widersprechen will.</p> <p>Nach der Sitzungsvorlage der Stadt Köln http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=38277</p> <p>muss man nun die Zahlen vollständig aufarbeiten.</p> <p>Denn man kann nachlesen</p> <p>".....Die Verwaltung geht davon aus, dass bereits jetzt bis zu 1000 illegale Sportwettvermittlungsstellen in Köln eingerichtet sind....."</p> <p>Auch müsste man die Frage beantworten, wie denn mit Bewerbern von Lizenzen für NRW umgegangen wird, wenn der Nachweis erbracht ist, dass diese seit Jahren bereits illegal ihre Einkünfte hier erworben haben und weiter erbringen.</p> <p>VG Meike</p>
<p>gmg 26.01.2013 15:18</p>	<p>Hier noch einmal die seinerzeitige Anmerkung einer "Augenzeugin":</p> <p>Vollkommen entsetzt war ich von Dr. Veelken, dem Vertreter der Spitzenverbände der Kommunen, - quasi dem einzigen anwesenden Vertreter der Exekutive - Da sagte er tatsächlich, dass die "Spielhallen kein Problem seien und die Kommunen wären gut aufgestellt" und lud nur Beschwerden in Richtung Bezirksregierung ab, dass dort eine Aufsichtsbehörde tätig ist, die tatsächlich vor Ort Überprüfungen auf illegale Sportwettenvermittlung durchgeführt hätte und dann - so wörtlich - die Kommunen "angestachelt" hätte, dass sie hätten tätig werden müssen.</p> <p>Ich war vollkommen entsetzt, was dieser Herr von sich gab.</p> <p>Da hatte die Exekutive dann Gott sei Dank Herrn Trümper und Frau Füchtenschnieder, die auf die personellen Engpässe und tatsächlichen Probleme gerade auch in kleinern Kommunen hingewiesen hatte.....</p> <p>Grüße</p>

Autor	Beitrag
KARO 26.01.2013 17:49	Halo , da tritt ein Vertreter der Exekutive auf und sagt ganz einfach " dass die Spielhallen kein Problem seien und die Kommunen seien gut aufgestellt" , das ist ja wohl eine Frechheit einfach seine Meinung zu sagen , da ja ein vitales öffentliches Interesse darin besteht die Spielhallen mehr zu regulieren und das dieser Mann dann noch behauptet das jemand von der Aufsichtsbehörde die Kommunen anstachelt , also , also das tut doch keiner , naja Gott sei Dank waren ja noch Frau Füchtenschnieder und Herr Trümper da . Was soll man dazu noch sagen? einfach toll .
rosebud 26.01.2013 18:09	hi, genau richtig ! :respekt: In Zukunft schalten wir einfach unseren Verstand ab und hören auf Frau Füchtenschnieder und Herrn Trümper ! Oder auf gmg? grüsse
Meike 26.01.2013 18:11	Hallo KARO, Ja, es ist toll, wenn es Menschen gibt, die sorgfältig Daten und Sachverhalte erheben bevor sie eine Stellungnahme abgeben. VG Meike

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge:

- Fragenkatalog.pdf 166,23 KB
- Verteiler_ohne_Anschriften.pdf 29,36 KB
- MMST16-50_Arbeitskreis gegen Spielsucht.pdf 1,01 MB
- BDK_06092012.pdf 84 KB
- MMA16-30-Wortprotokoll Sitzung.pdf 451,05 KB
- LT-Drs. 16-1287 Entschließungsantrag .pdf 146,08 KB
- MMD16-1245.pdf 593,21 KB
- MMD16-1335 FDP 07.11.2012.pdf 77,05 KB
- MMD16-1336 CDU 07. 11. 2012.pdf 128,22 KB